LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
12. Wahlperiode

Drucksache 12/2588
04. 02. 1993

Mündliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Schmidt (SPD)

Ehemalige Franzosen-Wohnungen in Kaiserslautern

Seit dem Abzug des 5. französischen Kürassierregiments im Juni 1992 stehen in Kaiserslautern 156 bundeseigene Wohnungen leer.
Bereits seit Mitte 1991 hat die Gemeinnützige Baugesellschaft AG Kaiserslautern im Einverständnis mit der Stadt ihr Interesse an der Übernahme der Wohnungen für die Entlastung auf dem sozialen Wohnungsmarkt angemeldet.
Der Bund beabsichtigt inzwischen, den Verkauf der Wohnungen durch eine öffentliche Ausschreibung zu regeln. Dadurch würden diese Wohnungen dem sozialen Wohnungsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen. Seit dem 2. Februar 1993 hat auch das Hauptquartier der Alliierten Luftstreitkräfte Europa Mitte einen möglichen Bedarf an den Wohnungen geäußert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen haben sich die Verhandlungen zwischen der Stadt Kaiserslautern bzw. der Bau AG Kaiserslautern und dem Bundesvermögensamt derart in die Länge gezogen?

2. Aus welchen Gründen sieht sich der Bund außerstande, Wohnungen, die durch den Abzug der Streitkräfte freiwerden, zu einem vertretbaren Entgelt zu veräußern bzw. zu vermieten, so daß die Wohnungen dem sozialen Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden können?

3. Wird die Landesregierung darauf hinwirken, die öffentliche Ausschreibung der Wohnungen zu verhindern?

4. Ergeben sich Veränderungen aus der geplanten Umstrukturierung der NATO-Luftstreitkräfte für die Westpfalz im Hinblick auf den regionalen Wohnungsmarkt?

Dr. Schmidt

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 9. Februar 1993